

Innerpolitisches.

Die Antwort des Ministerpräsidenten an die Tschechen.

Die Veröffentlichung der Antwort, die Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler den Tschechen auf ihre Beschwerde über die Rede des Grafen Czernin gegeben hat, erregte bei den deutschen Abgeordneten lebhaftes Befriedigung. Sowohl die abermalige klare Feststellung, daß die Anklage des Grafen Czernin nicht eine allgemeine gewesen sei, sondern bestimmte Führer betreffe, als auch die vollkommene Zustimmung des Ministerpräsidenten zu dieser Anklage und zu den Folgerungen des Grafen Czernin ergibt, daß die Anschauungen der österreichischen und der gemeinsamen Regierung vollständig sich decken. Von deutschradikaler Seite liegt wohl ein Einspruch — des Doktor Titta — gegen die Bemerkung des Ministerpräsidenten vor, es gebe keine österreichische Nation, die nicht in diesem Kriege Hervorragendes geleistet hätte; der Einspruch gründet sich auf die Behauptung, daß damit die Deutschen in Böhmen „mit den Masaryks gleichgestellt“ und die Erklärungen des Grafen Czernin „verwischt“ würden. Dem gegenüber wird von deutscher Seite darauf verwiesen, daß Graf Czernin selbst jede Verallgemeinerung zwischen dem tschechischen Volke und den „Masaryks“ abgelehnt habe, daß sonach die Auslegung Dr. Tittas, nicht die Antwort des Ministerpräsidenten im Widerspruche mit der Rede des Grafen Czernin stehe.

Der Form nach fällt die Veröffentlichung der Antwort Dr. v. Seidlers an die Tschechen als eine bemerkenswerte Abweichung von der bisher üblichen Art auf. Es wäre zu wünschen, daß daraus ein vollständiger Bruch mit dem bisherigen System sich ergäbe. Bisher hat es die Regierung stets den Parteien, bzw. deren Vertretern überlassen, ihre Auskünfte der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es war den Vorsprechenden anheimgestellt, ob und in welcher Form sie von den Aufklärungen, die sie in den Besprechungen von den Ministern erhielten, Gebrauch machen wollten. Dies hat wiederholt zu Mißverständnissen, teilweise sogar zu Mißbräuchen Anlaß gegeben. Die Vorsprache der Tschechenführer wegen der Rede des Grafen Czernin war dafür ein Musterbeispiel. Die Antwort des Ministerpräsidenten konnte Herr Stanek nicht für die morgige Prager „Protest“-Kundgebung gegen den Grafen Czernin gebrauchen — vielleicht hatte er doch eine andere Antwort erhofft — daher wurde in der von ihm ausgegebenen Verlautbarung die Sache so dargestellt, als ob es sich nur um eine Vorsprache in wirtschaftlichen Angelegenheiten gehandelt hätte. Es verging auch noch ein zweiter Tag, ohne daß die tschechische Presse von der Erklärung des Ministerpräsidenten Notiz genommen oder Kenntnis erhalten hätte, bis endlich die Regierung selbst sie der Öffentlichkeit mitteilte. Es wäre zu wünschen, daß sich die Regierung nicht nur in derart dringenden Fällen, da die Wichtigkeit des Gegenstandes und die Notwendigkeit, Giftmischereien entgegenzutreten, sich selbst durchsetze, ihre Auskünfte an die Parteien, soweit sie nicht vertraulich sind, selbst der Öffentlichkeit bekannt gibt. Die ständige Veröffentlichung durch ihr Pressbureau würde die Mißverständnisse und Mißbräuche verhindern, die bei den zahlreichen Vorsprachen der Parteien bei der Regierung sonst nicht ausbleiben.

Die Deutschnationalen und die Regierung.

Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien erörterte heute die Antwort des Ministerpräsidenten an die Tschechen, betreffend die Rede des Grafen Czernin, verlangte, daß der Delegationsausschuß für Aeußeres sobald als möglich, jedenfalls noch vor der Tagung des Abgeordnetenhauses zusammenetrete, und beschloß, „nach Erörterung der innerpolitischen Lage und gewisser in dieser zutage getretenen Anschauungen und Erscheinungen“ einstimmig eine Entschliessung, in der zunächst die Entschlossenheit, bis zum gesicherten Frieden durchzukämpfen, betont und hierauf erklärt wird:

Es hat den Anschein, als bemühe man sich nicht um die Erfüllung unserer längst bekannten und als gerecht anerkannten nationalen Forderungen, namentlich des deutschen Volksstammes in Böhmen, sondern um die Durchführung von Theorien, die den slavischen Eroberungsbedürfnissen entsprechen und den Staat in neue Unordnung zu stürzen drohen. Auch vermißt man eine gleiche, geschweige denn eine dem Verhalten der deutschen und der slavischen Gebiete entsprechende Behandlung in den Ernährungsfragen. Es ist leicht begreiflich, wenn diese berechtigten Besorgnisse nicht immer den richtigen Ausdruck gefunden haben und wenn ausnahmsweise in Versammlungen Worte gefallen sind, die mit der Gesamtaufassung der deutschen Bevölkerung und mit der in allen Stürmen bewährten Haltung der deutschen Parteien im Widerspruche stehen. Der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien hält es daher für geboten, zu erklären, daß wir dem Beispiele slavischer Parteien, die sich in einen Gegensatz zum Staate gestellt haben, in keiner Weise folgen, sondern, abgesehen von der Haltung zur jeweiligen Regierung, in unserem Verhältnisse zum Staate eine Aenderung in keiner Weise eintreten lassen. Nicht auf unsere durch Jahrhunderte dem Staate gegenüber erfüllte Pflicht berufen wir uns, wohl aber auf die Opfer des deutschen Stammes an Gut und Blut in den letzten vier Jahren, die den Staat erhalten, uns aber auch aufs neue mit ihm unzertrennlich verbunden haben. Darum geben wir den Staat nicht preis, wir wollen vielmehr durch eine konsequente und kräftige Politik die Leitung des Staates beeinflussen. In dieser Weise werden wir am besten unsere Pflicht gegen unseren Stamm in Oesterreich, gegen den Staat und gegenüber dem gesamten Deutschtum erfüllen, insbesondere auch für die Erhaltung und Stärkung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche.

Jeder Rückzug vom Staate und jede Ueberlassung desselben an unsere nationalen Gegner würde aber auch den wirtschaftlichen Neubau, die Ordnung der Finanzen und die bedrohte Existenz unseres nationalen Mittelstandes gefährden. Der Verband der deutschnationalen Parteien bleibt daher im

engen Anschlusse an die christlichsoziale Partei auf der Grundlage einer kräftigen nationalen Realpolitik, mit der wir durchdringen werden, wenn wir in geschlossener Einheit beisammenstehen.